

Bericht: Regierungsexperten für Ende der Diesel-Privilegien

Berlin, 02.01.2018, 20:00 Uhr

GDN - Mit seiner Forderung nach einem Ende der steuerlichen Privilegien für Dieselfahrzeuge hat sich VW-Chef Matthias Müller breitem Protest aus der Branche ausgesetzt. Doch auch Regierungsberater setzen auf einen Umbau des Steuer- und Abgabensystems, um zu einer weitgehend emissionsfreien Mobilität zu kommen, berichtet das "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe).

Das geht aus den Ergebnisberichten von zwei der vier Expertengruppen hervor, die die Bundesregierung nach dem ersten Dieselpipfel im August eingesetzt hatte. Die Experten sollten Wege aufzeigen, wie sich Fahrverbote vermeiden lassen. "Ziel muss sein, dass Emissionen zuerst dort vermieden werden, wo dies am günstigsten ist", heißt es in dem Bericht der Expertengruppe unter Leitung des Wirtschaftsministeriums, über den das "Handelsblatt" berichtet. Dies erfordere "insbesondere gleiche Rahmenbedingungen für verschiedene Energieträger in Bezug auf Steuern und Abgaben" und sichere "technologieoffene Industriepolitik". Auf Basis der Kohlendioxid-Emissionen sollen "konventionelle Kraftstoffe in Relation zu Strom stärker belastet und/oder Strom weniger stark belastet werden", so die Experten. Auch die Expertengruppe unter Leitung des Umweltministeriums und der Stadt Hamburg regt eine "Überprüfung des Abgaben- und Steuersystems" an. So ließen sich etwa die Betriebskosten bei alternativen Antrieben senken und der Kauf von Fahrzeugen fördern, ebenso wie der Aufbau der Tank- und Ladeinfrastruktur. "Einen kurzfristigen Beitrag" hingegen setze in der Tat der Diesel, so die Fachleute. Daher müssten die Hersteller zügig die neue Dieselerzeugung auf den Markt bringen. Diese Euro 6d-Fahrzeuge würden "als emissionsarm bezeichnet werden", heißt es im Bericht. Die Stickoxid-Grenzwerte könnten in den Städten nur erreicht werden, wenn bei den Flotten im Nahverkehr, bei Taxen und Zustellern "der Anteil von emissionsarmen Dieselfahrzeugen erhöht wird".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-100029/bericht-regierungsexperten-fuer-ende-der-diesel-privilegien.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com